

In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales am 30.01.2019 wurde beschlossen, dass die Finanzierung der Flüchtlingsberatungsstelle der Ökumenischen Initiative in der bisherigen Form zunächst bis zum 30.09.2019 durch die Stadt sichergestellt wird. Die Zeit bis dahin soll genutzt werden, um zwischen der Ökumenischen Initiative, WippAsyl und der Stadt eine verbindliche Klärung der Schnittstellen und Aufgabenteilung mit Zuständigkeiten herbeizuführen. Die Grundlage hierfür bildet das Integrationskonzept. Ziel ist eine schriftliche und verbindliche Übereinkunft, die Planungssicherheit für weitere 24 Monate gibt. Die getroffene Vereinbarung wird dem Ausschuss für Schule und Soziales anschließend zum Beschluss vorgelegt.

Nach einem gemeinsamen Termin mit der Ökumenischen Initiative, Wipp Asyl, der Hans Herman Voss-Stiftung und der Stadtverwaltung zu diesem Thema erschien es sinnvoll, alle Akteure, die sich mit der Flüchtlingsarbeit befassen, sowie diejenigen, die sich bisher finanziell mit eingebracht haben, zu beteiligen. Wir möchten einen offenen, partizipativen und transparenten Prozess gestalten. Alle Aspekte und Anforderungen an die zukünftige Flüchtlingsberatungsstelle in der Hansestadt Wipperfürth sollen, wenn möglich, in Absprache berücksichtigt werden. Nur gemeinsam können wir weiterhin eine gelingende Integration in Wipperfürth voranbringen.

Um diesen Prozess gemeinsam zu gestalten, hat die Verwaltung, alle Beteiligten zu einem Workshop am 12.06.2019 in den kleinen Saal der Alten Drahtzieherei eingeladen. Für die Moderation des Prozesses hat sich die Stadtverwaltung, nach Absprache mit den o. g. Beteiligten, Herrn Rainer Wolf-Schatz zur Unterstützung an die Seite geholt. Über den Verlauf des Workshops wird bei Bedarf mündlich berichtet.